

OB-Kandidat Dipl.-Oec. Horst Richter

Fragebogen für OB Kandidaten

Herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft, den Fragenkatalog der Grünen Baden-Baden zur OB-Wahl zu beantworten.

Bitte senden Sie die Antworten bis spätestens **Freitag, den 21. Februar**, per Mail an beate.boehlen@gruene.landtag-bw.de. Sie können die Antworten gerne in dieses Word-Dokument eintragen.

Die Antworten werden wir am Montag, 24. Februar, auf der Webseite von Bea Böhlen bzw. der Grünen in Baden-Baden veröffentlicht. Die Presse wird mittels Pressemitteilung über das Vorgehen informiert und erhält zur Kenntnis ebenfalls einen Fragebogen.

Pro Antwort bitte maximal 100 Wörter verwenden. Vielen Dank.

1. Stadtentwicklung/Bauen und Wohnen:

1.1 Wie wollen Sie in Ihrer Amtszeit die Bürgerinnen und Bürger über Projekte informieren und frühzeitig in Entscheidungen einbinden?

Offene Kommunikation ist in meinem Leben eine Selbstverständlichkeit. Bürgerbeteiligung ist für mich ein MUSS und kein Programm, Gesetz oder eine neue Erfindung. Bürgerbeteiligung ist Ausdruck einer gelebten Demokratie. Die gibt es in jedem Fall bei mir. Die Parteien haben über Jahre vergessen mit uns zu kommunizieren. Jetzt zu den Wahlen machen sie aus einer Selbstverständlichkeit ein Wahlthema. Ich weiß als OB es gibt formale Verwaltungsabläufe, an die ich mich halten muss. Bei wichtigen Projekten werde ich jedoch vor Planungsbeginn ein Informationszelt vor Ort aufstellen, um Ideen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen und erst danach mit den vorliegenden Ergebnissen die Ausschreibungen, Planungen, Umsetzung Strategieplan 2020 etc. beginnen, z.B. Leo, Augustaplatz, Entwicklung Oos etc.

1.2 Wie ist Ihre Meinung zum Neuen Schloss und zu den beiden Grundstücken des Vincenti-Geländes?

Neues Schloss: Es geht um das Wohl und Ansehen von Baden-Baden. Ich werde den Streit beenden. Ich setze mich für eine schnelle Baufortsetzung ein, damit wir das 5-Sterne plus Hotel bekommen. Ich weiß aus meiner Erfahrung mit Offshore Gesellschaften, dass jetzt nur noch Gespräche am „Runden Tisch“ zielführend sind. Der Neubaukomplex sollte zum „historischen Stadtbild“ und zum Weltkulturerbe passen, d.h. ein Bauwerk im Baustil mit gleicher Dachgestaltung wie sie das Neue Schloss hat. Aber auch hier sind die Verträge bereits abgeschlossen. Den öffentlich-rechtlichen Vertrag hätte ich so nicht unterschrieben. Die Gründe hierfür habe ich **vor** der Unterzeichnung dem Rathaus und der Presse schriftlich erläutert. U.a. hat die Stadt viel zu wenig Rechte für die Betreiberphase ausgehandelt.

Vincenti-Gelände: Mit dem Ziel „Weltkulturerbe“ und negative klimatische Auswirkung auf die Tallage bin ich gegen die Neubauplanung beim Altgebäudebestand. Ich bin für eine Entkernung

des Altbaubestandes, in dem kleine Wohneinheiten mit Servicewohnen, z.B. 50 Plus entstehen. Der Verkauf der Wohneinheiten sollte eine Bindung haben, die Bewohnung oder Vermietung beinhaltet. Baden-Baden benötigt im Rahmen des demografischen Wandels kleine Wohneinheiten. Die Preise müssen sich über Menge und Lage für die Investoren rechnen. Zur Parkerhaltung und Verkehrsberuhigung wird das Areal um eine Quartiersgarage ergänzt. Ich als OB werde nicht tatenlos zusehen, dass mehr und mehr alte Menschen vor die Stadt vertrieben werden, wie jetzt Vincentius-Heim Verlegung oder zuvor Schließung Haus Lauschan.

1.3 Welche ordnungspolitischen Maßnahmen können Sie sich bei Privatgebäuden wie z.B. dem Babo, dem Gebäude neben der alten Staatsanwaltschaft oder beim ehemaligen Club Barbarina vorstellen?

Bei den drei genannten Objekten ist zur Zeit noch keine Handlungsmöglichkeit gegeben. Jede Aussage wäre spekulativ. Für die Zukunft plädiere ich für eine Ausweitung der Anlagenschutzsatzung. Zusätzlich möchte ich die Anwendung von § 172 Baugesetzbuch für eine deutlich größere Fläche – idealerweise für die gesamte Kernstadt als ordnungspolitisches Instrument einsetzen. Die Erhaltungssatzung in § 172 ist ein eigenständiges städtebauliches Instrument, das die städtebauliche Eigenart eines Gebiets auf Grund seiner städtebaulichen Gestalt erhalten und bewahren soll (vgl. BT-Drucks 10/6166 S. 137). Barbarina gehört b.a.w. mit einer Bildschutzpläne abgehängt, damit die Fassade erst einmal wieder ordentlich aussieht.

1.4 Wie viele preiswerte Wohnungen für junge Familien werden Sie in Ihrer Amtszeit schaffen? So viele wie möglich. Junge Familien und Kinder sind der Grundstein unserer Stadt und liegen mir besonders am Herzen. Im Rahmen einer immer älter werdenden Bevölkerung können uns erhebliche Folgekosten, z.B. Schließung von Kindergärten, Schulen, Mangel an Auszubildenden in den Betrieben, rückläufiger Konsum, Fachkräftemangel etc. entstehen, wenn wir nicht ausreichend Kinder in die Stadt bekommen.

1.5 Wie stehen Sie zum Bertholdbad?

Die Frage ist mir zu eng gefasst. Es geht um alle öffentlichen Bäder. Hier müssen wir unbedingt darauf achten, dass uns die Bäder langfristig erhalten bleiben. Wirtschaftliche Zwänge seitens der Stadt, bzw. der Eigenbetriebe dürfen nicht dazu führen, dass die Bäder bei den Eintrittsgeldern zu teuer werden oder zeitweise geschlossen werden. Dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen dürfen nicht weiter aufgeschoben werden. Wir müssen jetzt gegensteuern und über neue Konzepte nachdenken, damit auch unsere Enkelgenerationen noch in einem Hallenbad schwimmen lernen können.

1.6 Wie und bis wann sollen alle städtischen Gebäude energetisch saniert werden und welche Investitionen werden dafür benötigt?

Eine sehr operative Frage. Ich gehe davon aus, dass die Stadt und der Gemeinderat hier eine Strategie und auch eine Finanzplanung haben. Diese gilt es weiter umzusetzen. Andernfalls würde die Werbekampagne 37 keinen Sinn machen. Sollte die Umsetzungsstrategie fehlen, werde ich sie erarbeiten lassen.

2. ÖPNV und Verkehr:

2.1 Wie werden Sie das Angebot des ÖPNV weiter verbessern?

Um wettbewerbsfähig zu sein, werde ich den Ausbau von P&R fördern. Zusätzlich sehe ich die Möglichkeit **Busspuren auf großen Straßen im Berufsverkehr** einzuführen, d.h. Zeitersparnis für die Pendler und weniger Busverspätungen. Weiterer Vorteil i.S. von „37“: Weniger Abgase/CO₂, weniger Verkehrslärm in Ortsdurchfahrten und Straßen. Als Anreiz dienen vergünstigte Jobfahrtickets, Monatskarten mit Gratismitfahrten am Abend und am Wochenende für eine 2te Person. Einführung vergünstigter Kurzstreckentickets. Die Gästekarte muss die freie ÖPNV-Nutzung enthalten. Kostenfreie Parkplätze an den Waldrändern (Waldsee-, Merkurparkplatz etc.) würde ich in einem noch zu diskutierenden Umfang gebührenpflichtig machen. So kann das eine das andere finanzieren.

Schließlich müssen wir bei der Investitionsstrategie für die Busse auch ausreichend Busse für „behindertengerechten, barrierefreien Zugang“ anschaffen.

2.2 Wie stehen Sie zu einer Verlängerung der Stadtbahn bis in die Innenstadt?

Gute Idee. Planung und Finanzierung werden dem entgegenstehen, d.h. es rechnet sich nicht mehr.

2.3 Was halten Sie von Buslinien als „Freizeitlinien“?

Wenn sie am Bahnhof beginnen und die touristischen Haltepunkte in unserer Stadt anfahren ist das perfekt und mindert zusätzlich den Individualverkehr. Dass sich die Freizeitlinie rechnen muss, dürfte klar sein. Siehe meine Antwort zu P&R.

2.4 Die Anbindung des Flughafens wird viel diskutiert. Was halten Sie von einem zusätzlichen Autobahnanschluss und/oder der Anbindung durch die Stadtbahn?

Wenn Sie die richtigen Kontakte haben, dass wir bei der Bundesautobahnenplanung eine hohe Rangstelle bei der Ausfahrplanung bekommen oder die Bahn davon überzeugen können, dass das Projekt profitabel umsetzbar ist, bin ich sofort dabei und unterstütze das Projekt. Hügelsheim wird vom Durchfahrtsverkehr entlastet und die regionale Wirtschaft profitiert von dieser Infrastrukturmaßnahme in besonderem Maße.

2.5 Wie gehen Sie mit der von zahlreichen Nutzerinnen und Nutzern geäußerte Kritik an der BBL um und wie werden Sie die Meinungen und Anregungen der Fahrgäste künftig besser einbeziehen?

Zur Kritik - es gibt viele Ursachen für Verspätungen, z.B. Verkehrsstaus, parkende Fahrzeuge, Baustellen, Tempo 30-Zonen, Verkehrsinseln, Baustellen, schlechter Zustieg für ältere Leute, fehlende Stempelautomaten an Haltestellen etc. Wenn Verspätungen dauerhaft auftreten, dann müssen wir die Ursachen analysieren und evtl. bei manchen Linien die Taktung ändern oder zu bestimmten Stoßzeiten auf bestimmten Strecken „Busspuren“ einführen. Außerdem darf die Verkehrsplanung nicht isoliert betrachtet werden, d.h. nur Bus, nur Verkehrsleitsystem etc. Verkehrsplanung ist ein Gesamtkonzept. Es ist Inhalt in meinem Wahlprogramm.

2.6 Wie wollen Sie dem Lärmschutz in Baden-Baden Priorität verschaffen?

Ausweitung des ÖPNV Angebotes. Finanzierung durch abzustimmende Parkgebühren auf den Waldparkplätzen. Ausweitung der Tempo 30- Zonen sowie Spielstraßen. Eine Möglichkeit ist

eine zeitliche Begrenzung für die Motorraddurchfahrt an den meist befahrenen Straßen ebenso ein angepasstes und kontrolliertes Tempolimit zu bestimmten Uhrzeiten.

3. Umwelt und Energie:

3.1 Mit welchen konkreten Schritten wollen Sie das Ziel "37", also 37 % weniger CO₂-Ausstoß in Baden-Baden bis Ende 2020, erreichen und werden Sie jährlich über die Umsetzung der Zwischenschritte berichten?

CO₂ Reduktion ist Grundsatz jeden Handelns, sowohl bei der Verkehrs- als auch der Bauplanung und energetischen Bausanierung. Bereits im Schulunterricht können die Schüler den Umgang mit Energieversorgung, Mobilitätskonzepten etc. lernen. Erste Schritte sind in Baden-Baden schon gemacht. Selbstverständlich ist für mich, wenn ich ein Ziel setze, dann muss ich es auch messen können (SMART). Wenn ich messen kann, kann ich über das Erreichte berichten. Ich setze voraus, dass wir in Baden-Baden hier geeignete Messmethoden bereits eingeführt haben.

3.2 Welche Strategie für die Stadtwerke verfolgen Sie, setzen Sie sich für den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien ein und wenn ja, in welchen Bereichen und mit welchen Zielen bis 2020?

Politik und Wirtschaft müssen die Energiewende gemeinsam tragen, sonst läuft sie in eine fatale Richtung. Einen „konsequenten Ausbau“ kann und werde ich daher nicht versprechen. Das wäre unseriös. Konzepte zu erneuerbaren Energien unterliegen nun einmal der Wirtschaftlichkeit und dem politisch Gewollten. Ich werde in jedem Fall das politisch Gewollte mittragen. Das ist mein Verständnis von Demokratie.

3.3 Unterstützen Sie den Umbau der Stadtwerke zu "Grünen Stadtwerken", die langfristig Strom und Wärme zu 100 % aus erneuerbaren Energien anbieten und wenn ja, bis wann werden Sie dieses Ziel erreichen wollen?

Ja, ich unterstütze den Umbau zu „Grünen Stadtwerken“. Ich bezweifle aber den Wert 100%. Mit 80% haben wir einen sehr guten Zielwert. Die restlichen 20% sind nach aktuellem Stand der Technik noch extrem teuer. Über den Zeitpunkt, wann „Grüne Stadtwerke“ erreicht sind, werde ich berichten, wenn mir alle Details von den Stadtwerken vorliegen.

3.4 Sind Sie bereit, ein Radwegenetz über die Gesamtgemarkung zu legen, entsprechend der bereits vorliegenden Untersuchungen und unter Berücksichtigung neuester Standards, d.h. Anlegen richtiger Radwege/Radschnellwege ohne Mischnutzung (Radfahrer/Fußgänger)?

Ja, bzgl. Radwegenetz geht mir die Umsetzung nicht schnell genug. Die angesetzten Budgets halte ich für viel zu niedrig. Geld für Mischnutzung auszugeben ist für mich eine Fehlinvestition, wenn es Alternativen gibt. Mischnutzung sollte daher nur dort erfolgen wo es keine andere Möglichkeit gibt. Ansonsten besser gleich richtig investieren.

3.5 Wie kritisch sehen Sie Mobilfunkanlagen in Wohngebieten? Aktuelles Beispiel: Feuerwehrturm Sandweier

Wir wollen alle mobil telefonieren. Jeder möchte überall ein leistungsfähiges Netz haben. Wir können uns nicht auf der einen Seite beschweren, dass neue Mobilfunkanlagen installiert werden und auf der anderen Seite beschweren wir uns darüber, dass wir keine leistungsfähige

Verbindung haben. Wir müssen wissen was wir wollen. Nur über einen demokratischen Prozess der öffentlichen bzw. politischen Willensbildung werden wir in dieser Hinsicht zu einer Entscheidung kommen.

4. Schule und Bildung:

4.1 Wie wollen Sie die regionale Schulentwicklung umsetzen und wie wollen Sie dabei die Bürgerinnen und Bürger beteiligen?

Jede Schulform und deren Schaffung ist eine Frage des politischen Willens. In erster Linie ist hier also die politische Mehrheit gefordert. Das Wichtigste zum Thema Schule ist für mich, dass für alle unsere Kinder eine bestmögliche Ausbildung sichergestellt wird. Chancengleichheit für alle bietet, und jedes Kind bei Eignung die Chance hat zum höchsten Schulabschluss zu kommen. Statt über Systeme sollten wir lieber über Verfügbarkeit und frühkindliche Förderung von Kindern aus sozial-schwachem Umfeld sprechen. Für mich bedeutet das ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztageschulen, die die Schüler fördern und ihnen Perspektiven für die Zukunft eröffnen. Hausaufgabenbetreuung ist mir zu wenig. Schule ist schließlich Investition in Bildung und alles was damit in der Zukunft zusammenhängt.

4.2 Wie stehen Sie zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Baden-Baden?

Wir dürfen bei der gesamten Systemdiskussion nicht vergessen, dass es bei Bildung um eine Investition in unsere Kinder geht. Für mich ist das entscheidende Moment: Chancengleichheit, bestmögliche Förderung, soziale Akzeptanz sowie Durchgängigkeit bis zum höchsten Abschluss für jedes Kind. Jedes System, das diese Voraussetzungen erfüllt ist damit für mich ein richtiges.

4.3 Wie werden Sie die Kinderbetreuung ausbauen?

Die Kinderbetreuung ist für die Ansiedelung junger Familien in unserer Stadt extrem wichtig. Lange Wartezeiten, wie es sie zur Zeit noch gibt, darf es nicht geben. Die Zeiten müssen wir viel mehr den Arbeitszeiten der Eltern sowie Alleinerziehenden anpassen. So haben alle Kinder die gleiche Chance. Ich nenne hier ein Beispiel stellvertretend auch für andere Verwaltungsorganisationen: Einführung von Krippe & Kindergarten angepasst an die Arbeitszeit beim Klinikum Mittelbaden kann dem Personalmangel beim Pflegepersonal entgegenwirken und für Ärzte/Ärztinnen Anreiz sein beim Klinikum Mittelbaden zu arbeiten.

4.4 Wie stehen Sie zur gebundenen Ganztageschule?

Wenn sie flächendeckend erfolgen sollte, bin ich dagegen. Wir leben schließlich in einer Demokratie. Eltern und Kinder sollten entscheiden können, was für sie und ihre persönliche Lebenssituation das Beste ist.

5. Soziales und Teilhabe:

5.1 Werden Sie die Unterstützung sozialer Gruppen halten und ausbauen und wenn ja, wie?

Wenn Sie mit „soziale Gruppe“ Sozialpolitik meinen, dann ist meine Antwort: Ja, ich werde mehr in Sozialmaßnahmen investieren.

Das gesamte Thema läuft bei mir unter dem Stichwort: „**innovative und transparente Sozialpolitik als langfristige Maßnahme der Haushaltskonsolidierung**“. Für mich gilt das Grundprinzip „Vorsorgen ist besser als Heilen“. Es ist besser frühzeitig im familiären und sozialen Umfeld in Betreuungsangebote und frühkindliche Förderung zu investieren. Das bewahrt uns vor negativen Spätfolgen wie langfristige hohe Transferleistungen (z.B. Hartz IV, Nachhilfeunterricht etc.). Der Preis bemisst sich nicht nur in Geld sondern auch in soften Faktoren wie Ausbildung, Unabhängigkeit von Sozialsystemen, psychosozialen Faktoren u.v.m.. Soziale Teilhabe von Jung und Alt ist ein komplexes Thema und Teil meines Wahlprogramms.

5.2 Baden-Baden, die soziale Stadt - Welche Maßnahmen gegen Armut werden Sie in Ihrer Amtszeit umsetzen?

Wir haben ca. 6.000 arme Mitbürger, d.h. wir haben auch Kinderarmut in einer reichen Stadt wie Baden-Baden. 4.400 Mitbürger sind Tafel-berechtigt. Es besteht absoluter Handlungsbedarf einschließlich der westlichen Industriestraße. Hier hat der Sozialbereich der Stadt eine Zukunftsentwicklung verschlafen. Ich werde mich für eine Erhöhung des geplanten Budgets 2014 für Familie, Kinder und Jugend einsetzen.

Für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe werden z.B. nur € 11,5 Mio. ausgegeben. Im Vorjahr waren es € 11,3 Mio. Der Anstieg zum Vorjahr ist minimal. Bei den anderen Produkten des Sozialhaushaltes ist die Entwicklung ähnlich. Das ist für mich keine gute Sozialpolitik. Wir müssen **jetzt in die Vorsorge investieren**, damit der Haushalt nicht mehr und mehr in der Zukunft durch Transferzahlungen belastet wird.

5.3 Was werden Sie dafür tun, dass mehr Arbeitsplätze für Schwerbehinderte oder andere schwer zu vermittelnde Baden-Badener Bürgerinnen und Bürger von der Wirtschaft und der Verwaltung angeboten werden?

Hier kann ein Oberbürgermeister nur an die Wirtschaft appellieren. Mit dem CAP-Markt bekommen wir eine Einrichtung für Schwerbehinderte. Das Schwerbehindertengesetz erlaubt nun einmal, dass sich Unternehmen für die Schaffung von Arbeitsplätzen freikaufen können. Ein OB kann schließlich kein Bundesgesetz ändern. In der Verwaltung sollten wir auf jeden Fall ausreichend Arbeitsplätze für Schwerbehinderte schaffen.

Ich persönlich setze mich für einen „Bauern-, Pferde-, Tierhof“ für behinderte Menschen ein, damit sie nicht nur arbeitsmäßig sondern auch therapeutisch gefördert werden.

5.4 Wie wollen Sie die Gleichberechtigung der Geschlechter in Baden-Baden vorantreiben?

Es gibt ausreichend Bundesgesetze, die erst einmal auf lokaler Ebene umgesetzt werden müssen. Wir haben es aber nicht mit einem Baden-Badener Thema zu tun, sondern mit einem grundsätzlichen Thema. Siehe den Landtag in Stuttgart. Dieser ist zu ca. 88% „männlich“. Keine der im Landtag vertretenen Parteien erfüllt die Anforderungen. Auf lokaler Ebene werde ich gegen steuern, dass eine Gleichberechtigung der Geschlechter erreicht wird.

5.5 Wie wollen Sie die Stadt Baden-Baden für Jugendliche interessant gestalten?

Schritt 1: Ich beginne mit einem Tag der Jugend hier in Baden-Baden inklusive der modernen Medien. Hier beginnt für Beteiligung und was die Jugendlichen von und in unserer Stadt erwarten.

Schritt 2: Wir müssen mehr junge Familien ansiedeln und nicht eine Politik: die Jungen und die Alten vor die Stadt betreiben.

Sprechen Sie mit Jugendlichen. Die dürfen doch in einigen Stadtteilen fast gar nichts mehr. Ich werde eine Politik betreiben, die mehr Lebendigkeit und Kreativität fördert. Dann bleiben die Jungen auch hier.

5.6 Wie wollen Sie Jugendliche in Entscheidungsprozesse einbinden bzw. stärker an der Kommunalpolitik beteiligen?

Ich werde mich mit den Jugendlichen zusammensetzen und sie fragen, was sie motivieren könnte sich in den demokratischen Prozess einzubringen. Unsere Jugend braucht Vorbilder.

Beispiel: Joschka Fischer u.a.

Jugendliche werden sich dann wieder für Politik interessieren, wenn sie erkennen, dass Politik offene Kommunikation und freie Willensäußerung vormacht und vorlebt.

Das Jugendforum gilt es zu stärken und zu fördern. Ebenso müssen wir in unseren Schulen die Kinder mehr für Politik und Gemeinwesen interessieren. Wir müssen die Jugendlichen früher und spielerisch an den Prozess der politischen Willensbildung heranzuführen. Viele Kinder mit Migrantenhintergrund müssen deutlich stärker in die gesellschaftliche Entwicklung einbinden und nicht ausgrenzen.

6. Handel/Gastronomie/Tourismus:

6.1 Wie viel Restriktionen verträgt der Handel und die Gastronomie, Stichwort Gestaltungssatzung.

Gar keine mehr. Hier müssen wir deutlich zurückrudern. Die Kreativität und Vielseitigkeit unserer Stadt wird durch die Satzung erstickt.

6.2 Welche Chancen sehen Sie durch den Nationalpark Schwarzwald?

Kurzfristig, d.h. die nächsten 10 Jahre keine. Mittelfristig ist das eine gute Sache. Sie muss aber durch Experten gesteuert werden. Das Wissen von anderen Nationalparks muss möglichst schnell zu uns transferiert werden. Der Manager für die Nationalparkentwicklung muss aus dem Umfeld kommen und das Wissen für die Nationalparkentwicklung mitbringen. Dann wird ein Nationalpark zum Erfolgsmodell. Es geht schließlich **in erster Linie um die Naturentwicklung** des Parks mit der Begleiterscheinung Tourismusedwicklung.

6.3 Welche Maßnahmen stellen Sie sich vor, um die Gastronomie in den Stadtteilen, insbesondere im Rebland zu beleben, damit nicht noch weitere Betriebe an exponierten Stellen schließen?

Baden-Baden ist Wellness-Oase, Kunst, Kultur, Erlebnis und Shopping auf höchstem Niveau. Ich bin für die Erweiterung zu einer Badischen Kunst- und Kulturmeile (=8,8889Km), die sich entlang der Oos zieht. Die Meile verbindet die Stadtteile. Das Rebland binde ich als Gourmet- und Wandermeile ein. Ich fördere den Golftourismus, z.B. durch Golfmessen im Kongresshaus, Golf-Open, Celebrities, die hier shoppen. Das zieht Touristen in unsere Stadt. Wir brauchen

zusätzlich eine Nightlife-Szene, um mit St. Moritz, Sylt und Monaco zu konkurrieren. Der Baden-Airpark bietet genug Potenzial, um hier attraktive Urlaubspackages sowohl für das Inland wie für das Ausland anzubieten. Ich setze mich dafür ein, dass der TGV an unserem Bahnhof hält, insbesondere morgens und abends für den Berufsverkehr. Verkehrsanbindung an den Nationalpark.

Wir müssen die Trends und Entwicklungen im Urlaubsverhalten der Menschen aufnehmen und umsetzen. Der Trend ist, dass Urlauber in ihrer kurzen Verweildauer, i.d.R. sind das 3 Tage, erwarten, dass in dieser Zeit Komfort, Wellness, Erholung, Genuss und Erlebnis zusammenkommen. Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel und Erlebniseinrichtungen müssen hier gemeinsame Programme/ Programmpakete entwickeln. Wenn jeder sein eigenes Ding macht, fallen wir zurück.

6.4 In welchem Zeitfenster möchten Sie touristische Konzepte für das Rebland angehen/umsetzen, nachdem hier schon seit Jahren entsprechende Vorschläge einer Arbeitsgruppe des Ortschaftsrates der Umsetzung harren?

Sie sprechen hier ein gutes Thema an. Die Marketingaktivitäten konzentrieren sich auf die Kernstadt und nicht auf andere Juwelen des Umlandes/ des Reblandes die Baden-Baden ebenfalls ausmachen. Für mich gehört das zu einem Gesamtvermarktungskonzept. Und wenn es da bereits Ansätze gibt, dann werde ich die möglichst schnell aufnehmen und angehen.

Eine andere Aktion, die ich konkret sehr schnell angehen werde ist die freie Busfahrt für Kurgäste, die an die Gästekarte gekoppelt ist. Das hat den Vorteil, dass sie auch ein „Viertel“ mehr im Rebland trinken können und sicher auch ein wenig mehr dann verzehren.

6.5 Was gedenken Sie für die Stärkung des SWR-Standortes Baden-Baden zu tun und dessen Bestand und Ausbau zu festigen?

Sicherung des SWR-Standortes in Baden-Baden hat oberste Priorität. SWR gehört zu Baden-Baden. Ich bin Wirtschafts-, Finanz- und Verwaltungsexperte und bilde mir keine Meinung durch „Hörensagen“.

Ich werde mir die Strategie des SWR ausführlich erklären lassen. Spätestens dann weiß ich, in welche Richtung ich zum Standorterhalt beitragen kann.

7. Finanzwirtschaft:

7.1 Bisher hat die Stadt Baden-Baden nur wenige Fördermittel beantragt. Wie sieht hierzu Ihre Strategie aus?

Ich werde deutlich aktiver werden und wo immer ich kann Fördermittel beantragen.

7.2 Verhandlungen zu den BKV-Verträgen mit dem Land und der Rückkauf des Festspielhauses stehen an: Wie gestalten Sie die Verhandlungen?

Ich bin Finanz- und Wirtschaftsexperte und habe Kredite bis zu € 100 Mio. mit Bankenkonsortien verhandelt und die sogenannten Covenants ausgehandelt. Bei € 20 Mio. ist mir vor den Verhandlungen nicht bange. Außerdem habe ich eine gute Idee der Finanzierung, die ich hier

noch nicht äußern kann, da meine Gespräche in dieser Richtung noch nicht ganz abgeschlossen sind.

8. Stadtteile

8.1 Was halten Sie davon, für die Stadtteile Sandweier, Haueneberstein und Ebersteinburg einen gemeinsamen hauptamtlichen Ortsvorsteher einzusetzen?

Gar nichts. Das ist genau das Gegenteil von bürgernaher Kommunikation und Mitbeteiligung. Hier würde am falschen Platz gespart und die älteren Leute vor Ort hätten keinen Ansprechpartner in der Verwaltung.

8.2 Sehen Sie die Möglichkeit, den (eingemeindeten) Stadtteilen wieder eigene nur für den Ortsteil zuständige städtische Mitarbeiter zuzuweisen?

Die Zuordnung existiert doch bereits durch die Ortsvorsteher. Anerkennung im Übrigen an Hauke Falk, der das Amt für Ebersteinburg ehrenamtlich ausübt.

8.3 Welche Maßnahmen wollen Sie angehen, um in den Außenstadtteilen die Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs zu verbessern, zumindest zu erhalten, ggf. die Leerstände an Geschäftsräumen durch Wiederbelebung zu beseitigen?

Nahversorgung ist eine Frage des Wollens der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Schneiders Dorfladen in Ebersteinburg ist ein sehr gutes Beispiel dafür. Im Rahmen des demografischen Wandels halte ich die Nahversorgung für unbedingt erforderlich. Diese werde ich fördern und voranbringen. Genossenschaftliche Modelle könnten hier ein Weg sein, den wir gehen könnten. Doch auch Mietsharing bei Gewerbeflächen wie die Zusammenlegung von Bankfiliale, Postshop und Nahversorgungsbetrieb sind denkbare Modelle. Ein Beginn könnten auch Marktwagen/ Märkte sein, die wöchentlich in den unterversorgten Ortsteilen stattfinden. Die Standgebühr sollte ermäßigt sein.